

FW-Delegiertenversammlung am 24.9.2011 in Geiselwind

Resolution „Für eine unabhängige Politik – Konzernspenden an Parteien und Wählergruppen begrenzen“

Die FREIEN WÄHLER fordern

1. Spenden von juristischen Personen und Personenvereinigungen (nicht rechtsfähige Vereine, Personengesellschaften) an Parteien und Wählergruppen auf maximal 20.000 Euro pro Jahr zu begrenzen,
2. Spenden von natürlichen Personen auf maximal 50.000 Euro pro Jahr zu begrenzen,
3. die Absenkung der Publizitätspflicht nach § 25 Abs. 3 Satz 1 PartG auf 5.000 Euro. Die Anzeige beim Präsidenten des Deutschen Bundestages nach § 25 Abs. 3 Sätze 2 und 3 PartG hat zu erfolgen, wenn eine Spende im Einzelfall die Höhe von 25.000 Euro übersteigt.
4. die gesonderte Veröffentlichung von Sponsorenzuwendungen im Rechenschaftsbericht,
5. Diese Vorschriften haben für Parteien und Wählergruppen zu gelten.
6. Die FREIEN WÄHLER fordern die bayerische Staatsregierung auf, über den Bundesrat eine entsprechende Änderung des Parteiengesetzes in die Wege zu leiten.

Begründung:

Parteien und Wählergruppen haben sich stets um eine enge Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bemühen. Sie sollen deren Anliegen und Wünsche aufnehmen, kanalisieren und in das politische System einspeisen. Die finanzielle Unterstützung der Parteien durch Mitgliedsbeiträge oder Spenden gibt dabei dem Bürger die Möglichkeit, sich parteipolitisch zu engagieren und auf die Politik Einfluss zu nehmen.

Aufgrund des Finanzbedarfs der Parteien besteht jedoch auch stets die Gefahr illegitimer Einflussnahme auf das politische Geschehen. Spenden von juristischen Personen und Personenvereinigungen müssen aufgrund der politischen Chancengleichheit begrenzt werden. Andernfalls werden die Spender privilegiert, die nicht nur über ihr eigenes Vermögen verfügen können, sondern auch über das von Organisationen. Parteien sind Vereinigungen von Bürgern und nicht von Organisationen; die Parteien sind gehalten, Politik für den Bürger und nicht für Organisationen zu machen.

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine unabhängige Politik wiederherzustellen und dauerhaft zu gewährleisten, muss neben der staatlichen Teilfinanzierung die Finanzierung durch Spenden und Mitgliedsbeiträge natürlicher und juristischer Personen begrenzt werden. Die Absenkung der Publizitätspflicht sowie die Veröffentlichung von Sponsorenzuwendungen im Rechenschaftsbericht erhöhen die Transparenz der Finanzierung von Parteien und Wählergruppen und wirken einer verdeckten Parteienfinanzierung entgegen.